RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, VERKEHR,
LANDWIRTSCHAFT
UND WEINBAU

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Wirtschaft und Verkehr
Herrn Andreas Rahm, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/1674
VORLAGE

DIE MINISTERIN
Daniela Schmitt
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-2202
Telefax 06131 16-4438
poststelle@mwvlw.rlp.de
www.mwvlw.rlp.de

1. April 2022

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 10. März 2022
TOP 5 Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und der Sanktionen auf die rheinlandpfälzische Wirtschaft
Antrag Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau nach § 76 Abs. 4 GOLT - Vorlage 18/1452

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

entsprechend der Zusage in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 10. März 2022 erhalten Sie zu vorgenanntem Tagesordnungspunkt den beigefügten Sprechvermerk; der Vortrag erfolgte allerdings über weite Strecken in freier Form.

Mit freundlichen Grüßen

Daniela Schmitt

Sprechvermerk

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 10. März 2022

TOP 5 Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und der Sanktionen auf die rheinland-pfälzische Wirtschaft

Berichterstattung der Landesregierung nach § 76 Abs. 4 GOLT

- Vorlage 18/1452 -

Anrede,

vorab entschuldige ich mich dafür, dass ich jetzt vor allen Dingen über die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und der Sanktionen auf die rheinland-pfälzische Wirtschaft spreche, denn:

All das, was hier bei uns passiert, muss hinter das zurücktreten, was die Menschen in der Ukraine im Moment erleben müssen. Wir alle sind tief betroffen, von dem was dort passiert. Niemand hätte noch vor wenigen Monaten gedacht, dass es Mitten in Europa Krieg geben könnte. Wir stehen vor einer riesigen Herausforderung – gesellschaftlich, menschlich, wirtschaftlich.

Ebenfalls vorab darf ich betonen: Die Landesregierung steht hinter der Entscheidung der Europäischen Union und der Bundesregierung, Russland mit scharfen Maßnahmen zu sanktionieren. Die Sanktionen sind moralisch notwendig, politisch richtig und wirtschaftspolitisch nachvollziehbar. Wir in Europa müssen das uns Mögliche tun, um Putin und seinem Regime Einhalt zu bieten.

Ich komme zu den Auswirkungen des Krieges und der Sanktionen auf unsere Unternehmen. Es steht außer Frage: die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist vom Angriffskrieg Russlands in der Ukraine betroffen. Zwar sind weder die Handelsbeziehungen mit Russland, noch die mit der Ukraine besonders stark ausgeprägt. Russland belegte 2021 unter den Handelspartnern von Rheinland-Pfalz den 17. Rang beim Export und Rang 24 beim Import. Der Anteil an den rheinland-pfälzischen Gesamtexporten lag bei 1,5 Prozent, der Anteil an den Importen bei 1,0 Prozent. Die Ukraine belegte 2021 unter den Handelspartnern den 44. Rang beim Export und Rang 54 beim Import. Der Anteil an den rheinland-pfälzischen Gesamtexporten lag bei 0,4, der Anteil an den Importen bei 0,1 Prozent.

Die wichtigsten Exportgüter aus Rheinland-Pfalz nach Russland sind Chemische Erzeugnisse, Maschinen und Metalle, die wichtigsten Importgüter sind Kokerei- und Mineralölerzeugnisse, Metalle und chemische Erzeugnisse. Damit sind in Rheinland-Pfalz insbesondere die Chemische Industrie sowie die Maschinenhersteller betroffen. Das Maß der direkten Betroffenheit schwankt zwischen den Unternehmen und ist gerade im Bereich Maschinenbau insbesondere davon abhängig, ob die nach Russland exportierten Güter unter die Sanktionsliste der EU fallen. Näheres über die unmittelbar betroffenen Unternehmen werde ich bewusst nicht öffentlich äußern. Hier sind Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse berührt und wir sollten durch öffentliche Aussagen die ohnehin schwierige Situation einzelner Unternehmen nicht noch weiter verschärfen.

Ich darf Ihnen aber versichern: Das Wirtschaftsministerium steht auf allen Ebenen mit Kammern und Verbänden im regelmäßigen, vertrauensvollen Austausch.

Auch wenn die Bedeutung von Russland und der Ukraine als Handelspartner für Deutschland und Rheinland-Pfalz relativ gering ist, so besteht – neben der besonderen Energie- und Rohstoffproblematik, auf die ich gleich zu sprechen komme – in spezifischen Konstellationen eine Lieferkettenproblematik, da einzelne, strategisch wichtige Zulieferer in diesen beiden Ländern sitzen. Prominentestes Beispiel – und öffentlich bekannt, daher kann ich hierzu ausführen – ist der Nürnberger Autozulieferer Leoni, der zwei Werke in der Ukraine schließen musste. Leonie liefert insbesondere Kabelbäume für die Automobilproduktion, so dass ein Lieferengpass hier unmittelbar zu Produktionsausfällen bei großen Automobilhersteller führt, die sich wiederum auch in der rheinland-pfälzischen Zuliefererindustrie bemerkbar machen werden. Wir haben es mit einer hoch-komplexen Situation zu tun, deren Wechselwirkungen niemand im Moment abschließend beurteilen kann.

Neben der Lieferkettenproblematik wirkt sich die besondere Rolle von Russland als Energieträger- und Rohstoffexporteur ebenfalls indirekt – in diesem Fall aber massiv – auf den Wirtschaftsstandort Deutschland und damit auch den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz aus.

Russland ist für Deutschland zum einen bei bestimmten Nicht-Eisen-Metallen ein wichtiger Lieferant für deutsche Unternehmen. Zu nennen sind Nickel, Titan, Aluminium sowie das für die Herstellung von Katalysatoren wichtige Palladium. Bei einem vollständigen Ausfall der russischen Rohstoffimporte aus dem NE-Metalle-Bereich wird gegenwärtig nicht mit umfassenden Produktionsausfällen gerechnet, da die Unternehmen im Regelfall über Lagerbestände verfügen und auf alternative Anbieter wechseln können. Unabhängig hiervon führt aber ein Ausfall Russlands aufgrund des geringeren Angebotes zu deutlichen Preissteigerungen.

Es besteht zudem, das ist uns allen bekannt, im Energiesektor eine hohe Abhängigkeit von russischen Importen. Rund die Hälfte des in Deutschland verbrauchten Erdgases kommt aus Russland, knapp die Hälfte der für die Stromerzeugung benötigten Steinkohle wird von dort importiert und rund ein Drittel der deutschen Erdölimporte entfallen auf die Russische Föderation. Zur Frage der Energiesicherheit darf ich – unter strikter Beachtung der Zuständigkeit des Umweltausschusses in dieser Frage – auf die Bundesregierung verweisen, die gegenwärtig die Energieversorgung als gesichert sieht, gleichzeitig aber darauf hinweist, dass ein Lieferstopp russischer Energieimporte hoch problematisch sein wird.

Ganz unabhängig hiervon gilt: Durch den Krieg in der Ukraine erleben wir, wie die ohnehin gestiegen Energiepreise weiter anziehen. Dies ist eine für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz besonders herausfordernde Entwicklung, da die Industrie in Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich stark auf rohstoff- und energieintensive Branchen spezialisiert ist. Der Industriestandort ist dadurch vergleichsweise stärker von hohen und weiter steigenden Energie- und Rohstoffpreisen betroffen.

Die Landesregierung begrüßt daher die Ankündigung von Bundeswirtschaftsminister Habeck, für die von den Sanktionen und dem Krieg betroffenen Unternehmen ein KfW-Sonderprogramm aufzulegen, das sich an den Corona-Kreditprogrammen orientieren soll. Es ist richtig, den betroffenen Unternehmen über Kredite Liquidität zur Verfügung zu stellen. Ich hoffe sehr, dass dieses Programm schnell an den Start geht.

Ebenfalls hoffe ich, dass der Bund auch die von den steigenden Energiepreisen betroffenen Unternehmen explizit in die Hilfen einbeziehen wird. Der aktuelle Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise ist eine unmittelbare Folge des russischen Angriffskriegs, die weitreichende Folgen für Unternehmen in ganz Deutschland haben. Diese Unternehmen – auch wenn sie kein eigenes Russlandgeschäft betreiben – brauchen ebenfalls schnell Hilfe, um die sich anbahnende Energiepreiskrise bewältigen zu können. Diese Hilfe, auch das ist ganz klar, ist eine bundespolitische Aufgabe.

Was wir als Land tun können und was wir als Land auch tun, ist: Im engen Dialog mit den Unternehmen, mit den Verbänden, mit den Kammern, mit den Gewerkschaften besondere Problemlagen identifizieren und diese dann auch nach Berlin zu tragen. Genau deshalb haben wir als Land Rheinland-Pfalz beispielsweise letzte Woche bei der Sonder-Wirtschaftsminsterkonferenz die Forderung nach einer Unterstützung energieintensiver Branchen in die Diskussion eingebracht. Ich hoffe der Bund greift diese Anregung auf.

Ich darf Sie alle, als Mitglieder des Ausschusses, die Sie alle ebenfalls im Austausch mit betroffenen Unternehmen stehen, bitten: Zögern Sie nicht, mein Haus und mich über

besondere wirtschaftliche Probleme und Herausforderungen im Zusammenhang mit diesem schrecklichen Krieg zu informieren.

Soweit meine Berichterstattung.